

Rundfunk- und Telekom Regulierungs GmbH
Mariahilfer Str. 77-79
1060 Wien
Per Mail: tkfreq@rtr.at

Ergeht in Kopie an
Frau Bundesminister
Doris Bures
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Stubenring 1
1030 Wien

Wien, 25.3. 2011
GD/MK/59/11

Konsultation der RTR zu künftigen Frequenzvergaben und zur Liberalisierung der Frequenzbereiche 900 MHz und 1800 MHz – Stellungnahme des ORF

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die RTR-GmbH plant die Vergabe von Frequenzen im 800 MHz Band (Digitale Dividende) für die Nutzung von Mobilfunk-Diensten (Punkt 4.3 des Konsultationspapiers). In Bayern, wo die Vergabe bereits erfolgt ist, sind nach Inbetriebnahme der Mobilfunk-Dienste im 800 MHz-Band **beträchtliche Störungen des Fernsehempfangs** aufgetreten. Auf dieses Drohpotential wurde von Vertretern des Rundfunks wiederholt aufmerksam gemacht. Der ORF, ebenso wie alle Kulturschaffenden und Vertreter der Unterhaltungsindustrie (Filmschaffende, Eventveranstalter, Sportveranstalter u.v.m) sind in hohem Maße auf den Einsatz von PMSE-Technologie angewiesen. Durch die Vergabe des 800 MHz Bandes für Mobilfunk-Dienste sind Störungen dieser Dienste zu erwarten. Es drohen hohe Kosten durch eine möglicherweise notwendige Verlagerung der Dienste in andere Frequenzbereiche. Es verwundert daher, dass die vorliegende Konsultation sich ausschließlich an Mobilfunkbetreiber richtet und die Interessen des Rundfunks außer Acht gelassen werden.

Die KommAustria plant im Jahr 2011 die Ausschreibung weiterer digital-terrestrischer Multiplexe. Ziel ist die Stärkung der digitalen Terrestrik, die immer noch **überproportionale Bedeutung als Grundversorgungsplattform** hat. Das kann nur erreicht werden, wenn den Konsumenten ein störungsfreier Empfang gewährleistet werden kann. Die Fernsehzuseher stellen immer höhere Qualitätsansprüche an Medien, einen Rückschritt in der Qualität des Fernsehempfangs werden sie – zu Recht – nicht akzeptieren. Andererseits ist es für die Rundfunkveranstalter unzumutbar, für Empfangsschwierigkeiten eintreten zu müssen, die von Dritten verursacht wurden und auf die sie keinen Einfluss haben.

Nach der **Erdbeben- und Nuklearkatastrophe in Japan** sind darüber hinaus folgende Zusammenhänge auch für Österreich neu zu überlegen:

Die letzten Jahre waren geprägt durch einen deutlichen Zuwachs beim privaten Sat-TV Empfang. Zusammengerechnet mit Kabel-TV erhalten mittlerweile über 80% der österreichischen Haushalte ihre Fernsehprogramme über stationäre Empfangswege - Satellitenspiegel, Koaxialkabel oder Telefonleitungen. Auf Zweit- und Drittgeräten sowie in Nebenwohnsitzen dominiert aber weiterhin der terrestrische Empfang. Was von den Bürgern intuitiv als Backup-Empfangsweg wahrgenommen wird, kann sich in einem Krisenszenario als lebensnotwendig erweisen, wie das heftige Erdbeben in Japan gezeigt hat. Kabel- und Sat-Anlagen wurden beschädigt, Telefonleitungen unterbrochen, selbst die aus tausenden Sendeantennen aufgebauten Mobilfunknetze brachen zusammen.

Rundfunknetze basieren auf vergleichsweise übersichtlicher, zentraler Infrastruktur, die selbst bei völliger Zerstörung – einem nationalen Notfallplan folgend – rasch wieder errichtet werden kann.

Der Anspruch einer in den Augen unserer Seher verlässlichen Terrestrik-Empfangsinfrastruktur könnte durch die Errichtung neuer Telekom-Dienste im 800 MHz Bereich bedroht werden, es sind Interferenzstörungen zu befürchten. Der ORF betrachtet den **Betrieb eines krisensicheren terrestrischen Sendernetzes als Verpflichtung im Sinn des „Public Value“** und plädiert für eine **Frequenzvergabe, die die nationale Bedeutung des terrestrischen Fernsehens berücksichtigt**.

In anderen europäischen Ländern setzen die Regulierungsbehörden **vorbeugende Maßnahmen zum Schutze des Rundfunks**. Die **Schwedische Telekom-Regulierungsbehörde** hat beispielsweise im Rahmen der jüngsten Frequenzvergaben für Mobilfunkdienste im 800 MHz Band einen **Katalog von Verpflichtungen zur Vermeidung und Beseitigung von Störungen des Rundfunks** vorgegeben¹.

Der ORF schlägt vor, nach dem schwedischen Vorbild auch in Österreich entsprechende Maßnahmen in Form einer **Zusammenarbeit von Vertretern der**

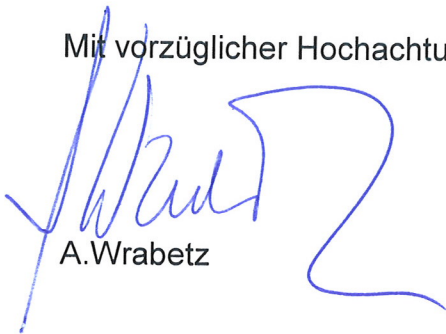
¹ <http://www.pts.se/upload/Beslut/Radio/2011/10-10534-appendix-a-to-decision-800mhz.pdf>

Mobilfunkbranche, des Rundfunks und Experten des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zu erarbeiten.

Mit der Versteigerung des 800 MHz Bandes werden hohe Einnahmen für den Staat erzielt und Geschäftsmodelle der Telekom-Branche gefördert, die Kosten dafür hätten jedoch die PMSE-Nutzer und damit auch die Rundfunkbranche zu tragen. Der ORF regt daher an, dass ein **ausreichend großer Teil der Versteigerungserlöse** einer unabhängigen Stelle zugeteilt und von dieser für die **Abdeckung der angesprochenen Zusatzkosten** verwendet wird. Von Vertretern der Allianz für Rundfunkqualität und Kulturvielfalt wurde dies in Gesprächen mit dem BMVIT bereits im Rahmen der jüngsten Novellierung der Frequenznutzungsverordnung vorgeschlagen.

Wir sind mit einer vollständigen Veröffentlichung unserer individuellen Stellungnahme einverstanden.

Mit vorzüglicher Hochachtung



A. Wrabetz